

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 13 a und 13 b sowie Zusatzpunkt 6 auf:

- 13 a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Peter Weiß (Emmendingen), Dr. Christian Ruck, Dr. Friedbert Pflüger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

**Stabilisierung der Lage in Bolivien**

– Drucksache 15/1980 –

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (f)  
Auswärtiger Ausschuss  
Innenausschuss  
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit  
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe  
Haushaltsausschuss

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Ralf Brauksiepe, Dr. Christian Ruck, Peter Hintze, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

**Mehr Mut zur Reform der EU-Entwicklungszusammenarbeit**

– Drucksache 15/1215 –

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (f)  
Auswärtiger Ausschuss  
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

ZP 6 Beratung des Antrags der Abgeordneten Karin Kortmann, Detlef Dzembitzki, Siegmund Ehrmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Thilo Hoppe, Volker Beck (Köln), Antje Hermenau, weiterer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

**Die Entwicklungszusammenarbeit der EU konstruktiv weiterentwickeln – Effizienz und Nachhaltigkeit verbessern**

– Drucksache 15/2338 –

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (f)  
Auswärtiger Ausschuss  
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Dr. Ralf Brauksiepe, CDU/CSU-Fraktion.

**Dr. Ralf Brauksiepe (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! „Brüssel lässt hungern“, so lautete vor Monaten die Überschrift eines Wochenzeitungsartikels über die europäische Entwicklungszusammenarbeit. Hinter diesem – fraglos provokanten und überspitzten – Titel stand eine sorgfältige Recherche zu den Problemen der europäischen EZ. Der Geschäftsführer der Deutschen Welthungerhilfe sprach in diesem Zusammenhang von einer „kafkaesken Veranstaltung“. Die britische Entwicklungsministerin Claire Short, eigentlich nicht als konservative Parteigängerin bekannt, erklärte, die europäische Entwicklungspolitik sei eine Schande.

Sicherlich muss man sich nicht jede dieser Formulierungen zu Eigen machen. Aber sie beschreiben gleichwohl die unbestreitbaren Missstände europäischer Entwicklungszusammenarbeit, die sich unter anderem in Ineffizienz und Überbürokratisierung ausdrücken. Eines der hervorstechendsten Merkmale dieser Missstände ist der völlig **unzureichende Mittelabfluss**.

Diese Probleme – auch das wird schon bei einer oberflächlichen Beschäftigung mit der europäischen EZ schnell deutlich – durchziehen alle und nicht nur einzelne Bereiche dieses Politikfeldes. Das heißt, sie betreffen selbstverständlich das Kernstück der europäischen EZ, sprich: die Zusammenarbeit mit den AKP-Staaten. Die nicht abgerufenen Mittel haben sich dort inzwischen auf 29 Milliarden Euro summiert.

Sie betreffen aber auch andere Ländergruppen und Sektoren der Entwicklungszusammenarbeit. So ist etwa der Mittelabfluss beim **MEDA-Programm** für die Mittelmeeranrainerstaaten noch schlechter. Auch bei der Zusammenarbeit mit den Staaten Asiens und Lateinamerikas tun sich geradezu Abgründe auf. So war fünf Jahre nach dem verheerenden Wirbelsturm „Mitch“ in Mittelamerika im Jahr 1998 noch kein einziger der zugesagten mehreren 100 Millionen Euro abgeflossen und

**Dr. Ralf Brauksiepe**

- (A) die EU-Kommission hat sich inzwischen entschlossen, rückwirkend mehrere Milliarden Euro zu streichen, die bereits vor 1995, also vor fast zehn Jahren, für Lateinamerika zugesagt waren und noch immer nicht abgeflossen sind.

Vor dem Hintergrund solcher erschreckenden Fakten ist immerhin anzuerkennen, dass das Problembewusstsein in Brüssel in diesen Fragen zumindest in Ansätzen vorhanden zu sein scheint. Der gemeinsame Standpunkt von Rat und Kommission zur Entwicklungszusammenarbeit vom November 2000, in dem unter anderem die **Armutsbekämpfung** als Hauptziel der europäischen Entwicklungszusammenarbeit festgeschrieben wurde, war zweifellos ein Meilenstein auf dem Weg zum Besseren. Wir halten die damit verbundenen Fortschritte nicht für ausreichend; wir wollen sie aber sehr wohl ausdrücklich anerkennen.

Neben den vielen kritischen Stimmen zur europäischen Entwicklungszusammenarbeit gibt es vereinzelt auch sehr unkritische Stimmen. Eine davon ist die von Rot-Grün in Deutschland. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben sieben Monate gebraucht, um in diesen Tagen, kurz vor Toresschluss, einen Gegenantrag zu unserem Antrag zur Reform der europäischen Entwicklungszusammenarbeit vorzulegen.

(Karin Kortmann [SPD]: Wir haben uns erst einmal in Brüssel sachkundig gemacht!)

- (B) Herausgekommen ist ein erschreckend konzeptionsloses „Weiter so“. So heißt es beispielsweise in dem rot-grünen Antrag zum EU-AKP-Abkommen, auf dessen Rekordstau beim Mittelabfluss ich bereits hingewiesen habe, es sei – ich zitiere wörtlich – „sinnbildlich für eine moderne Entwicklungspolitik“. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfractionen, das glaubt doch nicht einmal die Europäische Kommission selbst. Einen Antrag, in dem Sie so etwas formulieren, hätten Sie sich und uns besser erspart.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Die Mitglieder unserer Fraktion im AwZ haben sich vor Monaten in Brüssel mit der Situation der europäischen Entwicklungszusammenarbeit ausführlich auseinandergesetzt. Ich will Ihnen dafür nur zwei wichtige Indizien nennen: Unsere eigene Ständige Vertretung in Brüssel kritisiert die Strukturen der europäischen EZ als schwer durchschaubar. Die Generaldirektion Entwicklung selbst hält die regionale Aufteilung der EZ in AKP-Länder, ALA-Länder, Mittelmeeranrainer und die Reformstaaten Mittel- und Osteuropas inzwischen für überholt. Beispiele für eine völlig **unsachgerechte Länder-einteilung** nach regionaler Zuordnung wie im Falle von Mauretanien und Jemen würde die Generaldirektion sicherlich auch den rot-grünen Kolleginnen und Kollegen gern nennen und erläutern, wenn da Erläuterungsbedarf besteht.

Diese regionale Aufteilung ist im Übrigen auch im Hinblick auf ihre **WTO-Konformität** zunehmend problematisch. Deshalb ist die Aufhebung dieser künstlichen, auf überholten kolonialen Traditionen beruhenden

- (C) Trennung das Hauptanliegen unseres Antrages. Wir fordern die Bundesregierung auf, in enger Abstimmung mit den anderen EU-Staaten darauf hinzuwirken, dass die Europäische Union ein einheitliches und WTO-konformes handels- und entwicklungspolitisches System für sämtliche Entwicklungspartnerstaaten der EU schafft. Das wäre eine angemessene Antwort auf Probleme von Ineffizienz und Überbürokratisierung, die allseits beklagt werden. Das schließt natürlich auch ein, dass die entwicklungspolitischen Kompetenzen bei einem EU-Kommissar – nicht unbedingt beim jetzigen Kommissar – bzw. einer entwicklungspolitischen Generaldirektion zusammengeführt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Weil ich finde, dass da manchmal ein falscher Zungenschlag hineinkommt, will ich in diesem Zusammenhang betonen, dass der Abfluss von Geldern als solcher natürlich kein Selbstzweck sein kann. Deswegen sind wir auch dagegen, jetzt verstärkt auf die Förderung von Großprojekten zu setzen oder gleich direkte Budgethilfe zu geben, wie es sich die Europäische Kommission leider auf die Fahnen geschrieben hat. Das ist der falsche Weg. Wenn sich Ineffizienzen nicht nachhaltig bekämpfen lassen, dann sind wir genauso wie die britische Entwicklungsministerin dafür, ernsthaft eine Rückführung dieser Gelder in die nationalen Haushalte zu prüfen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (D) Rot-Grün setzt sich im vorliegenden Antrag leider nicht im Geringsten mit dieser Problematik auseinander, die in Brüssel genauso diskutiert wird wie hier. Ihr Antrag steckt stattdessen voller Allgemeinplätze. Insoweit wäre es noch zu ertragen, aber es wird natürlich besonders peinlich, wenn ausgerechnet Sie von der EU einfordern, dass Maßnahmen im Kampf gegen den Terrorismus oder dass **bewaffnete Friedenseinsätze** nicht zulasten der für die nachhaltige Bekämpfung von Hunger und Armut bereitgestellten Ressourcen verwendet werden sollten, und wenn Sie fordern, dass Entwicklungsgelder der EU nicht für sicherheitspolitische und militärische Einsätze zweckentfremdet werden dürfen.

Das ist wirklich peinlich; denn genau das tun Sie doch im nationalen Rahmen und im Hinblick auf den Bundeshaushalt. Der jüngst beschlossene Kunduz-Einsatz ist ein beredtes Beispiel dafür. Die Mittel für die begleitenden entwicklungspolitischen Maßnahmen dieses militärischen Einsatzes müssen doch aus dem ohnehin knappen BMZ-Etat erwirtschaftet werden, das heißt, sie müssen an anderer Stelle eingespart werden. Entwicklungspolitische Leistungen müssen gekürzt werden, damit diese militärischen Notwendigkeiten erfüllt werden können. Sie verlangen von der EU, etwas nicht zu tun, was Sie im nationalen Kontext selbst tun. Das ist nun wirklich heuchlerisch.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Regierungskoalition, machen Sie national Ihre Hausaufgaben und unterstützen Sie uns bei der dringend notwendigen Reform der europäischen Entwicklungszusammenarbeit!

**Dr. Ralf Brauksiepe**

- (A) Ich sage ganz deutlich: Natürlich sind die **Misstände in der europäischen EZ** und die Kritik daran nicht völlig neu. Das erste EU-AKP-Abkommen stammt noch aus der Zeit der sozialliberalen Koalition. Misstände gab es in der europäischen EZ natürlich auch zu unserer Regierungszeit. Sie werden allerdings leider immer schlimmer, was zum Beispiel den Mittelabfluss angeht. Aber weil das so ist, müsste es Ihnen doch eigentlich relativ leicht fallen, hier einmal über Ihren eigenen parteipolitischen Schatten zu springen und in einem parteiübergreifenden Ruck an der Verbesserung der europäischen Entwicklungszusammenarbeit mitzuwirken. Dazu fordern wir Sie auf.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Hartwig Fischer [Göttingen]  
[CDU/CSU]: Wir haben immer schon gesagt:  
Im Ruck liegt die Zukunft! – Karin Kortmann  
[SPD]: Was kriegen Sie dafür?)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Nächster Redner ist der Kollege Detlef Dzembitzki, SPD-Fraktion.

**Detlef Dzembitzki (SPD):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie man hier schon mit einem kleinen Ruck Freude bereiten kann, ist bezeichnend, Herr Brauksiepe; aber ich gönne Ihnen diese Freude.

(B)

Ich will darauf hinweisen, dass Ihre Argumentation zu der Antragseinbringung ein bisschen merkwürdig ist, lieber Herr Kollege. Sie wissen genau, dass sich die entsprechende Arbeitsgruppe der SPD-Fraktion in Brüssel sachkundig gemacht hat und sich sehr intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt hat. Wir haben das Thema dann in unserem Fachausschuss behandelt. Wir haben Experten in den Ausschuss gebeten, um uns nicht nur ein Bild von der Situation des europäischen Entwicklungsfonds, sondern ein generelles Bild zu machen. Ich verstehe deswegen auch nicht so recht – jedenfalls was die grundsätzliche Auseinandersetzung angeht – die merkwürdige Schaufensterrede, die Sie hier gehalten haben.

Wir alle wissen, dass die EU in wenigen Monaten um zehn Länder erweitert wird, die – ich sage das sehr vorsichtig – über wenig Erfahrung in der Entwicklungszusammenarbeit verfügen. Sie sind in den vergangenen Jahren im Wesentlichen **Empfängerländer** gewesen und verfügen mit Sicherheit nicht über die Instrumente und Strukturen, die uns und der EU zur Verfügung stehen. Es wird also gerade in den nächsten Monaten entscheidend darauf ankommen, wie wir den Prozess der Integration dieser Länder gestalten. Wir müssen alles tun, um sie in die europäische Entwicklungszusammenarbeit einzubeziehen. Dabei können diese Länder ihre eigenen Erfahrungen als Transformationsländer einbringen. Ich denke, dass die europäische Entwicklungspolitik hier über eine starke institutionelle Basis verfügt.

Meine Damen und Herren, eine Tatsache kommt viel zu kurz: Es ist offensichtlich viel zu wenig bekannt, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten über 50 Prozent aller **ODA-Mittel** aufbringen. Die EU ist damit weltweit einer der größten Geldgeber für Entwicklungshilfeleistungen. Zugleich ist überhaupt nicht wegzudiskutieren – deshalb verstehe ich nicht, warum der Kollege Brauksiepe hier eine Zuspitzung vorgenommen hat –, dass eine Reform dieses Politikbereichs, also unseres ureigenen Bereichs, auf EU-Ebene notwendig ist. Es ist bekannt, dass dieser Reformprozess im Jahr 2000 durch Kommission, den Rat und das Europaparlament in Gang gesetzt wurde. Ebenfalls bekannt ist, dass dieser Reformprozess noch nicht abgeschlossen ist. Trotzdem dürfen wir aber nicht übersehen, dass in manchen Bereichen ermutigende und bemerkenswerte Fortschritte zu erkennen sind.

(Markus Löning [FDP]: Wo denn?)

Wir haben zur Kenntnis zu nehmen, Herr Löning, dass Verwaltungsabläufe und Umsetzungsprozesse vereinfacht wurden. Ich will gar nicht bestreiten, dass dieser Weg weiter gegangen werden muss; aber es wäre unfair, wenn wir nicht zur Kenntnis nehmen würden, dass auf europäischer Ebene schon erste Schritte gemacht worden sind. Ich weiß, dass die Schaffung von **Europe Aid** von vielen kritisch gesehen wird. Hiermit wird aber durch Steigerung der Effizienz eine Antwort auf die administrative Situation der Europäischen Union gegeben.

Seit Beginn dieser Reformbemühungen sind von der Europäischen Union gemeinsam mit den Partnern des Südens 60 Länderstrategiepapiere erarbeitet worden, über 40 davon wurden bereits verhandelt. Sie bieten gerade für ein arbeitsteiliges Agieren der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten eine wichtige Grundlage.

Ich selbst habe mich in den zurückliegenden Jahren sehr stark und intensiv immer wieder mit **ECHO** beschäftigt, einer Institution, die dazu geschaffen wurde, um bei Katastrophen zu helfen. Wenn man sich die letzten Berichte anschaut, wird man feststellen, dass hier erhebliche Veränderungen stattgefunden haben. Die Forderung – ich will das hier bewusst noch einmal einbringen –, die zum Beispiel unser Kollege Werner Schuster immer wieder formuliert hat, nämlich dass Katastrophenhilfe in nachhaltige Konzepte münden muss, wird zum Beispiel von ECHO berücksichtigt.

Sie, Herr Kollege Brauksiepe, haben ganz locker das Zitat gebracht, die EU ließe die Welt verhungern. Hinter solch gewaltigen Behauptungen kann man sich sehr schön verstecken. Aber wenn Sie sich mit ECHO auseinandergesetzt hätten, wüssten Sie, dass sich diese europäische Institution gerade um die vergessenen Krisen kümmert, die nicht mehr weltweite Aufmerksamkeit in den Medien erfahren. Es ist meiner Meinung nach ein Zeichen von Anstand, dass man all diese Anstrengungen, die es gegeben hat, auch erwähnt und berücksichtigt.

Von deutscher Seite wird dieser Reformprozess unterstützt. Wir haben das hier auch mehrfach festgestellt: Bundesregierung und BMZ begleiten diesen Prozess und

**Detlef Dzembritzki**

- (A) setzen sich intensiv mit den entsprechenden Fragen auseinander. In Ihrem Antrag wird völlig versäumt, auf die Chancen und Potenziale hinzuweisen, die die europäische Ebene bietet. Die EU ist doch der geborene Ansprechpartner für Institutionen wie die UN oder die Weltbank. Gestern im Ausschuss haben wir mit Monsieur Rischard darüber gesprochen, welche Chancen er für die Zusammenarbeit sieht. All das lassen Sie unberücksichtigt.

Die Entwicklungspolitik der EU – ich will das hier ebenfalls mit einbringen – braucht eine Standortbestimmung.

Diese sollte analog zu dem von Solana vorgelegten Strategiepapier zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik Ziele, Kernkompetenzen und Fragen der Arbeitsteilung thematisieren. Wenn wir in diesem Zusammenhang den Zeigefinger ein wenig kritisch gehoben haben, weil die bis zu 250 Millionen Euro für Friedensfazilitäten nicht unbedingt aus diesem Entwicklungsfonds hätten genommen werden müssen, sondern man sich hätte umschauen können, wo an anderer Stelle im europäischen Haushalt, zum Beispiel bei der Landwirtschaft, Mittel zur Verfügung stehen, halte ich das für berechtigt; dieses Anliegen wird von uns auch weiterhin verfolgt werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

- (B) Die Stärke des Solana-Papieres ist gerade, dass damit das Ressortdenken zu überwinden versucht wird, dass damit eine **Kohärenz zu den benachbarten Politikfeldern** hergestellt werden soll. Ich denke, dass hier gerade die entwicklungspolitischen Vorstellungen einfließen müssen und dass Kohärenz – ich wiederhole das – zwischen Agrar- und Handelspolitik von uns und von der EU immer wieder eingefordert werden muss. Es sind doch nicht die europäischen Bürokraten, die zum Beispiel die Agrarsubvention fordern, es sind doch unsere eigenen Landwirte, es sind die europäischen Landwirte, die Subventionen für Tabak, Oliven, Milch usw. haben wollen. Es sind nicht die Bürokraten, die eine andere Struktur verhindern. Wir müssen hier politische Entscheidungen treffen.

Ich denke, dass das Scheitern der WTO-Konferenz, die vollmundig als Entwicklungsrunde angekündigt wurde, die **Spaltung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern** aufgezeigt hat. Auch am Beispiel des Weltgipfels zur Informationsgesellschaft wird deutlich, dass die Kluft zwischen den Ländern des Nordens und des Südens nicht nur aufgrund von Handelsschranken und Subventionen besteht, sondern auch, weil zum Beispiel die Wirtschaft die Chance verschläft, ihre Interessen wahrzunehmen. Es ist doch makaber, dass in Deutschland einerseits Milliarden für UMTS-Lizenzen ausgegeben werden – jeder muss den Sinn darin selber suchen –, dass es aber andererseits zwischen Europa und Afrika nach wie vor keine Breitbandinternetzugänge gibt. Das sind Dinge, die aufgearbeitet werden müssen. Dabei muss sich auch die Wirtschaft angesprochen fühlen und zu Verbesserungen beitragen.

- (C) Ich will noch ein Wort zum **Cotonou-Abkommen** und der Zusammenarbeit der EU mit den AKP-Staaten sagen. Ich finde es ein wenig makaber, wenn hier von der CDU/CSU-Fraktion zum Ausdruck gebracht wird, wir würden Länder privilegieren. Meine Damen und Herren, von den AKP-Staaten, die mit der EU einen Vertrag haben, gehören 40 zu den weltärmsten. Wir werden sie weiterhin bewusst privilegieren müssen, um sie aus diesem Status herauszuholen.

Schauen Sie sich einmal den „AKP-EG-Kurier“ an. Wenn man sieht, wie die Dialoge, gesicherte Dialoge, auch auf Parlamentariererebene, zwischen den AKP-Staaten und der EU funktionieren, stellt man fest, dass gerade diese Zusammenarbeit eher beispielhaft ist, als dass sie in der Weise kritisiert werden dürfte, wie Sie es gemacht haben, lieber Herr Kollege Brauksiepe.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Schauen Sie sich doch einmal an, wie es in den Ländern aussieht!)

Ich denke, dass das Reformpapier mit dem Titel „Globale Armut – Europas Verantwortung“, das von der Kommission als Reaktion vorgelegt worden ist, deutliche **Wege für eine Reform** aufzeigt. Wir haben diesen konstruktiven Weg mit unserem Antrag unterstützt. Ich denke, dass Effektivität und Nachhaltigkeit damit ihren Weg finden werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Nächster Redner ist der Kollege Markus Löning, FDP-Fraktion.

**Markus Löning (FDP):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst einmal kurz auf den Bolivien-Antrag der Union eingehen. Die FDP wird diesem Antrag zustimmen, und zwar vor allem weil er sehr dezidiert und sehr klar die Frage der Entschuldung anspricht, eine Frage, der sich die Bundesregierung in diesem Zusammenhang nicht stellt, der sie sich aber seit langem hätte stellen müssen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Im Wesentlichen möchte ich auf die Anträge zur Reform der EU-Entwicklungspolitik eingehen. Wir sind uns alle einig, dass da viel am Hängen ist und dass eine bittere Reform nötig ist. Ich will zunächst ein paar Einzelpunkte herausgreifen und am Ende zwei grundsätzliche Bemerkungen machen.

Wir werden dem Unionsantrag zur Reform der EU-Entwicklungspolitik in der jetzigen Form wohl nicht zustimmen, und zwar aus verschiedenen Gründen. Er enthält einige Aspekte, die sehr gut sind und die wir auch unterstützen. Zum Beispiel das, was Sie über die **AKP-Staaten** sagen, finden wir sehr richtig und unterstützen das auch. Wir hätten uns allerdings gewünscht, dass der Antrag ein paar Kriterien enthält, nach denen die Zusam-

Markus Löning

- (A) menarbeit strukturiert werden soll. Soll die Strukturierung nach bestimmten Interessenlagen erfolgen? Soll sich die Zusammenarbeit, wie Herr Dzembitzki es vorschlägt, an der Armutsbekämpfung orientieren?

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Effizienter Einsatz!)

Soll die Zusammenarbeit migrationspolitische Aspekte – zum Beispiel Hinweise darauf, wie wir mit den Ländern des südlichen Mittelmeerraumes umgehen – enthalten? Solche Hinweise, die ich mir gewünscht hätte, fehlen in Ihrem Antrag.

Zum **EEF** muss man, glaube ich, nicht viel sagen. Die Union hat sich erlaubt, einen netten Scherz in ihren Antrag einzubauen. Im Antrag steht unter anderem – ich zitiere –: „ohne dabei eine Abnahme von Qualität und Effizienz ... zu riskieren.“ Ich glaube, an dieser Stelle gibt es nicht viel zu riskieren. Noch ineffizienter kann die EU-Entwicklungszusammenarbeit kaum werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der SPD)

Wir sind uns darüber einig, dass die Mittel schneller abfließen müssen. Was den Rückfluss angeht, sind wir allerdings anderer Meinung. Wir sind nicht der Meinung – das haben wir hier schon öfter gesagt –, dass die Mittel in die nationalen Haushalte zurückfließen sollten. Wir sind auch nicht der Meinung, dass sie in Militärprojekte fließen sollten. Wir sind der Meinung, dass die Mittel in die Aidsbekämpfung fließen sollten. Sie sollten beispielsweise einem globalen Fonds zur Verfügung gestellt werden. In dieser Richtung ist ein bisschen passiert; aus unserer Sicht könnte allerdings mehr passieren.

- (B) Herr Dzembitzki, Sie haben den Sachverhalt sehr nett umschrieben. Als Regierungspolitiker müssen Sie das vielleicht. Schönreden hilft aber leider nichts. Man muss den Finger schon in die Wunde legen und sagen: Das funktioniert nicht. Es ist gut, dass Sie reformieren; aber es reicht noch nicht.

(Detlef Dzembitzki [SPD]: Man muss aber auch anerkennen, dass der Reformprozess angegangen worden ist und dass tatsächlich Verbesserungen erkennbar sind!)

– Kleine Verbesserungen reichen aber noch nicht.

(Detlef Dzembitzki [SPD]: Sie sind Wirtschaftler, ich bin Pädagoge!)

Man muss gerade beim EEF mehr Druck ausüben. Das werden wir weiterhin tun.

(Beifall bei der FDP)

Ich weiß, dass der Union eine Aussage zur **Landwirtschaft** sehr schwer fällt. In Ihrem Antrag fehlt aber eine klare Aussage zur Landwirtschaft, obwohl die EU gerade auf diesem Gebiet tätig werden kann und muss.

Eine Sache können wir absolut nicht mittragen: das Lobbying für **EUNIDA**. Es tut mir wirklich Leid, aber Deutschland, das staatliche Organisationen hat, kann nicht staatliche Organisationen durchsetzen, wo wir doch sonst immer der Zivilgesellschaft das Wort reden.

Wir wünschen uns bürgerschaftliches Engagement in der Entwicklungspolitik, finden NGOs prima; aber auf EU-Ebene wollen wir nun unbedingt staatliche Organisationen durchsetzen, obwohl es solche Organisationen in vielleicht gerade einmal sechs Ländern gibt. Es gibt viele Länder, die solche Organisationen überhaupt nicht haben. Diese Länder fühlen sich zu Recht benachteiligt.

(C)

Zum Antrag der SPD mache ich auch noch ein paar kurze Bemerkungen. Ihre Bemerkung zum **Entwicklungskommissar** ist ähnlich scherzhaft wie die der Union. Sie meinen, dass sich mit der Neuwahl der Kommissare neue Perspektiven auftun würden. Speziell beim für die Entwicklungszusammenarbeit zuständigen Kommissar müssen sich neue Perspektiven auftun: Dieser Kommissar muss weg.

Nach unserer Meinung ist die EU gut beraten – darauf scheint es auch hinauszulaufen –, die EU-Entwicklungszusammenarbeit der Zuständigkeit des Außenkommissars zuzuordnen. Um eine integrierte Politik zu gewährleisten – das wird auch hier, auf nationaler Ebene, gefordert –, muss dieses Thema der Außenpolitik zugeordnet werden. Ihre Forderung nach einer Abgrenzung zur Sicherheitspolitik und Ihre anderen Forderungen in diesem Zusammenhang verstehe ich nicht. Sonst sagen wir doch immer: Entwicklungspolitik ist auch Sicherheitspolitik. Ich finde, man muss das nicht so scharf voneinander abgrenzen.

Sie werden mir nachsehen, dass ich nicht darauf verzichten kann, auf **China** zu sprechen zu kommen. Alle schönen Texte zur Entwicklungspolitik nutzen nichts, wenn der Bundeskanzler in China sagt: Die Menschenrechte spielen für uns keine Rolle; wir verkaufen euch aber gerne eine Plutoniumfabrik – oder sollen es lieber ein paar Waffen sein; die könnt ihr auch gerne von uns haben. Wenn so etwas geschieht, brauchen wir auch keine Texte zur Sicherheitspolitik mehr. Die können wir uns dann sparen.

(D)

Abschließend möchte ich zwei grundsätzliche Punkte ansprechen, die aus meiner Sicht beiden Anträgen fehlen. Sie sind hauptsächlich der Grund, warum wir beiden Anträgen nicht zustimmen werden. Zum einen fehlt eine Antwort auf die Frage, wie wir die Entwicklungspolitik in die Außenpolitik einsortieren. Welche Kriterien sind dabei wichtig? Wo verzahnen wir die außenpolitischen Interessen mit sicherheitspolitischen Interessen und unter Umständen auch mit wirtschaftlichen Interessen? Herr Richard hat gestern sehr eindrucksvoll dargestellt, dass die EU in der Entwicklungspolitik vor allem eines tun kann – das ist das Allerwichtigste; das fehlt in Ihren Anträgen –, nämlich endlich die Märkte zu öffnen.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Wir können so viel Geld für Entwicklungszusammenarbeit bezahlen, wie wir wollen; wir können damit aber niemals das erreichen, was wir mit einem **freien Handel** erreichen können. Diese Forderung fehlt in beiden Anträgen.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: WTO-Konformität!)

Markus Löning

- (A) – Herr Brauksiepe, leider fehlt die richtige Prioritätensetzung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Nächster Redner ist der Kollege Thilo Hoppe, Bündnis 90/Die Grünen.

**Thilo Hoppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Löning, Hinweise auf die WTO, auf eine Marktöffnung und auf den Abbau von Agrarsubventionen können Sie im Antrag der Koalition finden. Diesen Schuh ziehen wir uns nicht an.

Herr Dr. Brauksiepe, Sie haben den Unionsantrag eingebracht. Er ist inzwischen in vielen Bereichen nicht mehr aktuell. Es ist schade, dass Sie die Anhörung im AwZ nicht abgewartet haben. Da gab es durchaus neue Erkenntnisse.

Im Koalitionsantrag wird die Situation präziser beschrieben. Auch in ihm werden Veränderungen und Reformen in der europäischen Entwicklungszusammenarbeit angemahnt. In ihm wird aber auch gewürdigt, dass es in letzter Zeit bereits erste Reformansätze gegeben hat, die man zumindest als Schritte in die richtige Richtung bezeichnen kann. Die Dezentralisierung zeigt erste Früchte. Auch der Mittelabfluss aus dem EEF hat sich verbessert. Die Zahlen in Ihrem Antrag stimmen nicht mehr.

(B)

Erinnern wir uns: Die Bundesregierung hatte sich während der EU-Ratspräsidentschaft 1999 erfolgreich dafür stark gemacht, dass dieser Reformprozess auf die Schiene kam. Die EU-Entwicklungspolitik wurde auf das Oberziel Armutsbekämpfung ausgerichtet.

Wir dürfen uns nun allerdings nicht mit den ersten kleinen Reformschritten zufrieden geben; das ist völlig klar.

(Beifall des Abg. Detlef Dzembitzki [SPD])

Im Hinblick auf die **Armutsbekämpfung** reicht es nicht aus, sich dieses Ziel auf die Fahnen zu schreiben. Es muss vielmehr ganz konkret umgesetzt werden. Das heißt: verstärkter und vor allen Dingen effizienterer Einsatz der Mittel für die Grundversorgung, die Hungerbekämpfung, die Stärkung des ländlichen Raumes, die Grundbildung, die Gesundheitsversorgung und natürlich auch für die Aidsbekämpfung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Im Hinblick auf die politischen **Strukturen der europäischen Entwicklungszusammenarbeit** setzen wir uns für die Erhaltung der Generaldirektion Entwicklung und für den Posten eines Kommissars ein.

Die Kollegen im EU-Parlament haben meine ausdrückliche Unterstützung in ihrer Forderung, einen ge-

wichtigen entwicklungspolitischen Ausschuss zu erhalten, und zwar einen, der nicht nur für das Contonou-Abkommen zuständig ist. Überhaupt sollten die Kompetenzen des EU-Parlaments – auch im Hinblick auf die Entwicklungspolitik – gestärkt werden. (C)

Ich habe bereits erwähnt, dass sich der **Mittelabfluss aus dem EEF** verbessert hat. Allerdings ist der Weg von der Projektplanung bis zur Durchführung noch immer viel zu langwierig und zu bürokratisch. Da gilt es, Hemmnisse zu überwinden. Dies ist auch möglich, ohne dass die Qualität darunter leiden muss.

Bezüglich des EEF hat schon Kollege Dzembitzki auf ein ganz zentrales Problem hingewiesen: Durch parlamentarische Kontrolle ist zu gewährleisten, dass die Mittel wirklich zur Erreichung entwicklungspolitischer Ziele eingesetzt und nicht für sicherheitspolitische und militärische Einsätze zweckentfremdet werden.

Ich möchte diesen Teil meiner Rede mit der Anmerkung beenden, dass nicht jede entwicklungspolitische Anstrengung zusätzliches Geld kosten muss. Ganz im Gegenteil: Im EU-Haushalt können durch den Abbau handelsverzerrender Agrarsubventionen Milliarden eingespart werden. Das hätte obendrein kräftige positive entwicklungspolitische Effekte. Mehr **Kohärenz** ist nötig. Die EU-Agrar- und -Handelspolitik sollte nicht den Zielen der Entwicklungspolitik widersprechen. Auch im vorliegenden Antrag mahnen die Koalitionsfraktionen wie schon in vielen anderen Anträgen zuvor ganz ausdrücklich eine Veränderung bzw. Kurskorrektur der Europäischen Union innerhalb der WTO-Verhandlungen an. (D)

Jetzt komme ich zu Bolivien; denn ich muss ja in einer Rede die beiden unterschiedlichen Themen der vorliegenden Anträge abdecken. Um es vorweg zu sagen: Deutschland sollte weiterhin mit Bolivien in vollem Umfang zusammenarbeiten. Trotz aller Reformen, die nur aus dem Land selbst kommen können, hat Bolivien ohne internationale Unterstützung kaum eine Chance, die wirtschaftliche und politische Krise zu überwinden.

Wer die Situation verstehen will, sollte in die Geschichte blicken. Die politischen **Proteste in Bolivien** entzündeten sich an dem Plan der Regierung, die Gasvorkommen des Landes zu nutzen, um sie über einen chilenischen Hafen nach Mexiko und dann in die USA zu exportieren. Dieses Gasgeschäft, welches vordergründig sinnvoll erscheint, wirft aber die alte Frage auf: Wer profitiert eigentlich von der Nutzung der Bodenschätze?

Für den angesehenen Historiker Eduardo Galeano ist die Antwort klar: Seit Jahrhunderten, so Galeano, erweist sich der Reichtum an Bodenschätzen als Fluch für das Land, allen voran für die indianische Bevölkerungsmehrheit. Die weltbekannten Silberminen von Potosi, die Ausbeutung der Kupfervorkommen, all das hat eine kleine Gruppe von Bolivianern reich werden lassen – und ihre Handelspartner in Europa und in den USA. Wer nicht davon profitiert hat, war die bolivianische Bevölkerung. Wer diese harte Erfahrung ignoriert, der wird auch nicht verstehen, warum ein **Referendum über den**

**Thilo Hoppe**

- (A) **geplanten Gasexport** eine überaus wichtige demokratische Frage ist.

Präsident Mesa hat sich für den Gasexport ausgesprochen, aber er hat auch klargemacht, dass er das Ergebnis des Referendums in jedem Fall respektieren wird. Der Aufstand gegen den Gasexport war Auslöser, nicht jedoch Ursache für den massiven politischen Protest. Es geht auch um eine verstärkte Förderung von Kleinbauern und um die Umkehrung eines Teiles der Privatisierungen, kurz gesagt: Die materielle Verbesserung für die große Mehrheit der bolivianischen Bevölkerung ist das, was auf der Straße gefordert wird.

Das Hauptproblem der **Entschuldung** wurde bereits ganz kurz von Herrn Löning angesprochen; es ist in beiden Anträgen mit aufgearbeitet. Aber eines der Hauptprobleme fehlt in dem CDU/CSU-Antrag, und zwar dass die Weltbank bei ihren Berechnungen viel zu optimistische Wachstumsprognosen zugrunde gelegt hat. Diese haben sich in den letzten Jahren nicht erfüllt. Sie hat zudem zukünftige Einnahmen schon vorweg mit eingerechnet, Einnahmen aus dem noch keineswegs gesicherten Gasgeschäft. Um es mit knappen Worten zu sagen: Die Entschuldung war schlicht nicht hoch genug. Natürlich gab es auch Fehlverhalten der Regierung – Stichwort Korruption –, aber es gab auch Konstruktionsfehler, die der IWF und die Weltbank zu verantworten haben. Diese Bereiche fehlen in dem Unionsantrag, aber wir müssen ja heute nicht abstimmen, sodass wir ihn noch intensiv im Ausschuss diskutieren können.

Ich danke Ihnen.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Nächster Redner ist der Kollege Peter Weiß, CDU/CSU-Fraktion.

**Peter Weiß** (Emmendingen) (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Hoppe hat ja schon zu Bolivien übergeleitet: Bolivien ist so etwas wie ein Musterland für die internationale Entwicklungszusammenarbeit, Liebling der internationalen Geber, Pilotland der UN, auch für die deutsche EZ eines von vier Musterländern, in denen man sich besonders bei der Bekämpfung der Armut engagieren will. Bolivien sollte also die „Probe aufs Exempel“ für den Erfolg deutscher und internationaler Entwicklungszusammenarbeit sein.

Aber leider droht angesichts der politischen und wirtschaftlichen Dauerkrise das Gegenteil, nämlich dass die hohen internationalen und bilateralen – deutschen – Investitionen in den Sand gesetzt werden. Der Fall Bolivien stellt daher sehr grundsätzliche Fragen an die Entwicklungszusammenarbeit und ebenso grundsätzliche Fragen an die **Umsetzung der Entschuldungsinitiative**, deren Zielsetzung – zumindest in Bolivien – mittlerweile Makulatur ist. Bolivien ist nämlich nicht nur nicht hoch genug entschuldet worden – es ist in dem Maße entschuldet worden, wie es die HIPC-Initiative vorgesehen

hat –; anschließend sind in kürzester Zeit neue Schulden angehäuft worden, sodass heute die Überschuldungsgrenze bereits wieder überschritten ist. (C)

Auch nach dem Wechsel im Präsidentenamt und der Regierungsumbildung gibt es lokale Straßenblockaden, Massenaufmärsche, Landbesetzungen. Die radikalen Protestgruppen fordern die Auflösung des Kongresses, den Sturz der Regierung und drohen zum Teil ganz offen mit Bürgerkrieg. Ganz offenbar haben einige Akteure in Bolivien eine Lehre aus dem so genannten Gaskrieg gezogen, eine Lehre, die uns aufs Äußerste beunruhigen muss: **Protestgruppen und radikale Gewerkschaften** scheinen zu glauben, die Politik könne auch in Zukunft auf der Straße gemacht werden.

Genau dieser Auffassung müssen wir zusammen mit der neuen Regierung in aller Entschiedenheit entgegen-treten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die gibt es ja noch nicht so lange!)

Wenn wir wollen, dass sich das Land wieder fängt, dass der reform- und konsolidierungsorientierte Kurs der Regierung Mesa – bei allen Schwierigkeiten – Erfolg hat, müssen wir ihn von Deutschland und von Europa aus klar unterstützen. Diese Unterstützung kann es allerdings nicht ohne **Bedingungen** geben; diese haben wir zu Recht in unserem Antrag genannt: die Umsetzung der Ziele der Armutsbekämpfungsstrategie, die Fortsetzung des nationalen Dialogs, die Stärkung der Zivilgesellschaft und eine Mäßigung des politischen Konflikts. (D)

Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, der bolivianischen Regierung auf der Bolivien-Konferenz, die morgen in Washington beginnt, die Unterstützung Deutschlands zu versichern, zugleich aber auch klar die Bedingungen zu benennen, unter denen deutsche und internationale Hilfe auch in Zukunft gewährt werden kann.

Herr Hoppe, Sie haben zu Recht auf den historischen Hintergrund der Auseinandersetzungen um den **Gasexport** hingewiesen. Trotzdem sollten wir mit Klarheit feststellen: Angesichts der hohen Überschuldung Boliviens, angesichts der grassierenden Armut ist der Gasexport ein Ansatzpunkt für dieses Land, sich eine neue, verlässliche Einkommensquelle zu erschließen. Es ist gut, dass Präsident Mesa dazu ein Referendum angesetzt hat und dass er die Bevölkerung in seinem Land davon überzeugen will, dass der Gasexport eine richtige Maßnahme ist. Die moderate und vernünftige Politik von Mesa auch hinsichtlich des Gasexports sollten wir mit Klarheit und Deutlichkeit unterstützen.

Unabhängig davon, ob es zum Gasexport kommt oder nicht, bleibt Bolivien auf Hilfe, Unterstützung und Kooperation angewiesen. Wir Deutschen können durch eine engagierte Entwicklungszusammenarbeit einen Beitrag zur Stabilisierung leisten. Dazu muss die Bundesregierung natürlich handlungsfähig bleiben. Zumindest mit dem BMZ-Haushalt für 2004 und der Entwicklung, die wir erlebt haben, ist diese Handlungsfähigkeit nur noch eingeschränkt gegeben.

Peter Weiß (Emmendingen)

- (A) Frau Ministerin, wenn ich eine Zwischenbemerkung machen darf: Ich war etwas verwundert über die Homepage Ihres Hauses. Mittlerweile ist Ihnen der Haushalt anscheinend so peinlich, dass Sie die **globale Minderausgabe** im BMZ-Haushalt 2004 schlichtweg verschweigen. Ich finde es interessant, dass Sie nicht einmal mehr die Wahrheit der Haushaltsbeschlüsse in den offiziellen Dokumenten Ihres Hauses mitteilen, weil Sie sie peinlich finden.

(Karin Kortmann [SPD]: Aber das Problem Bolivien ist nicht das der mangelnden Haushaltsmittel!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, weil Bolivien so etwas wie ein Musterland für das ganze Spektrum der internationalen wie auch der bilateralen Entwicklungspolitik ist, wäre ein Scheitern der Entwicklungspolitik gerade in diesem Land nicht nur eine Katastrophe für Bolivien, sondern auch eine schwere Krise für das Instrumentarium der Entwicklungszusammenarbeit insgesamt. Deswegen sollten wir alles unternehmen, um diese „Probe aufs Exempel“ für die Wirksamkeit einer durch klare Bedingungen, aber auch durch offene Unterstützung ausgezeichneten Entwicklungszusammenarbeit zu bestehen. Dazu fordern wir Sie auf.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

- (B) Das Wort hat die Kollegin Karin Kortmann, SPD-Fraktion.

**Karin Kortmann (SPD):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Kaum ein anderes Land genießt so große internationale Zuwendung, Loyalität und Sympathie wie Bolivien. Dass ich mich heute entwicklungspolitisch engagiere, hängt auch damit zusammen, dass ich mit zwölf Jahren als Pfadfinderin Altpapier gesammelt habe, das wir zugunsten Boliviens verkauft haben. Damals gingen wir noch von der irrigen Hoffnung aus, dass sich die Entwicklung dieses Landes relativ schnell vollziehen würde. Keiner hat damit gerechnet, dass es dort nach 30 Jahren immer noch große Probleme geben würde, die nicht, Herr Weiß, mit Haushaltsmitteln im BMZ, sondern nur durch wirtschaftliche und soziale Perspektiven zu lösen sind. Ich gebe Ihnen Recht: Die internationale Hilfe muss so konditioniert werden, dass die Entscheidungen entsprechend getroffen werden.

Ich möchte noch ein paar Punkte zum Hintergrund nennen. Bolivien ist ein südamerikanisches Binnenland, flächenmäßig äußerst groß, mit circa 8 Millionen Einwohnern. Es ist reich an Bodenschätzen und kann Nahrungsmittel aus allen Klimazonen bereitstellen. Auf der anderen Seite ist es das ärmste Land Südamerikas. 63 Prozent der Bevölkerung gelten als arm, 37 Prozent werden sogar als extrem arm eingestuft. Wir wissen, dass die Armut eng mit Kinderreichtum und der ethnischen Zugehörigkeit verknüpft ist. Zwei Drittel der Bevölkerung bezeichnen sich selbst als Indigene. Armut ist

verknüpft mit Frauen als Haushaltsvorständen und vor allem mit einem geringen Bildungsniveau. (C)

**Boliviens Wirtschaft** befindet sich seit einigen Jahren in einer Krise. Bolivien ist wirtschaftlich einseitig von Rohstoffexporten und stark schwankenden Weltmarktpreisen zum Beispiel für Energie, Soja, Zink oder Gold abhängig. Die schlechte Infrastruktur und Verkehrsanbindung, die schwach ausgeprägte Unternehmenskultur, aber auch ungünstige klimatische und geographische Bedingungen behindern eine produktive Entwicklung.

Als ich vor einigen Jahren gemeinsam mit Peter Weiß an einem Dialog- und Exposure-Programm in Bolivien teilgenommen habe, waren wir auf der Hochebene des Altiplano. Dort wurden wir von einer Bäuerinnenkolchose aufgefordert: Sorgen Sie doch dafür, dass die Kinder in Deutschland Joghurt zu essen bekommen! Das hilft unserer Wirtschaft. – Das zeigt, wie prekär die Situation in Bolivien ist und dass die Menschen selbst keine Ideen haben, mit welchen Mitteln sie zur Erwerbswirtschaft beitragen können.

Ein großer Teil der Bevölkerung versteht nicht, was ihnen **die Entschuldung** eigentlich gebracht hat. Sie alle sind davon ausgegangen, dass frisches Geld die Wirtschaft beflügeln wird. Keiner wusste, dass es sich nur um eine Entschuldung handelte, die kein frisches Geld in das Land brachte, sondern nur den Schuldendienst reduzierte.

Politisch wurde in den vergangenen Monaten angesichts der Unruhen und Proteste und des Rücktritts des Präsidenten die Frage gestellt, ob Bolivien, das Beispiel land internationaler Hilfe und zivilgesellschaftlicher Partizipation, das Ende eines Modells eingeleitet hat. Der Regierung von Gonzalo Sánchez de Lozada war es nicht gelungen, der Bevölkerung zur notwendigen, kurzfristigen Verbesserung ihrer materiellen Lebensverhältnisse zu verhelfen und vor allem eine Entwicklung neuer Bewältigungsstrategien für die grundlegenden und langfristig wirksamen Probleme einzuleiten. (D)

Der Streit über die **Gasexporte** über Chile und Mexiko nach Nordamerika hat dann zu extremen Auseinandersetzungen und zu einem außerparlamentarischen Regierungssturz geführt. Die Probleme des Landes, die weit verbreitete Armut, die soziale Exklusion, die fehlende Wirtschaftskraft und das hohe Haushaltsdefizit, müssen nun dringend von dem neu gewählten Präsidenten gelöst werden. Ihm stehen nicht nur diese großen Probleme gegenüber, sondern auch das mangelnde Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung, den Kongress, und damit auch in die staatlichen Institutionen.

Im Juni des vergangenen Jahres wurde in Bolivien eine **Umfrage** durchgeführt, deren Ergebnisse schon fast erschreckend sind: 49 Prozent der Bevölkerung sagen, dass es Demokratie auch ohne politische Parteien geben kann. 43 Prozent meinen, man könnte auch ohne Parlamente zurechtkommen. 60 Prozent dagegen wollen eine starke regionale Autonomie. 67 Prozent sagen, dass sie keinen nationalen Haushalt mehr wollen, sondern einen regionalen.

**Karin Kortmann**

- (A) Carlos Mesa gilt als integerer Mann, der mehr als ein Übergangskandidat ist. Aber auch er ist bei der Umsetzung seines Aufgabenkataloges in hohem Maße von der Bereitschaft der großen internationalen Geber abhängig. Bolivien ist, war und bleibt Schwerpunktland der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und, wie Peter Weiß zu Recht sagt, auch Pilotland für das Aktionsprogramm 2015 der deutschen Bundesregierung, in dem es um die Halbierung der Armut geht, wobei auf unterschiedlichen Politikfeldern dafür Sorge getragen wird, dass dieses Ziel erreicht wird.

Nach Vorlage einer partizipativ erarbeiteten Armutsbekämpfungsstrategie im Jahr 2001 erreichte Bolivien als eines der ersten Länder weltweit den so genannten Completion Point. Durch die **erweiterte internationale Entschuldungsinitiative HIPC II** wurde es dann um bilaterale und multilaterale Schulden in Höhe von insgesamt rund 2 Milliarden US-Dollar entlastet. Zeitgleich erließ Deutschland in diesem Zusammenhang sämtliche bilateralen Schulden in Höhe von 379 Millionen Euro. Die politische und wirtschaftliche Stabilisierung Boliviens und zu diesem Zweck die Unterstützung von Präsident Mesa sind gegenwärtig die wichtigsten Herausforderungen unserer Politik gegenüber Bolivien, sowohl allgemein als auch im Rahmen der deutsch-bolivianischen Entwicklungszusammenarbeit.

Ich möchte gerne noch auf die Probleme des **Haushaltsdefizits in Bolivien** eingehen, da dies das herausragende Merkmal ist, an dem sich zeigt, ob sich dieses Land stabilisieren kann. Für das Jahr 2003 ist mit einem Defizit von rund 8 Prozent des Bruttoinlandproduktes zu rechnen. Die Zahlungsfähigkeit der bolivianischen Regierung konnte auch zum Jahresende 2003 nur mit kurzfristigen Sonderzusagen der multilateralen Geber wie der Weltbank, der Regionalen Entwicklungsbank, der Andenländer, aber auch der Interamerikanischen Entwicklungsbank sichergestellt werden.

Für dieses Jahr rechnet der IWF schon jetzt mit einem von außen zu finanzierenden Defizit in Höhe von 105 Millionen US-Dollar, wobei er als Ziel die Reduzierung des Defizits auf 6,8 Prozent des Bruttoinlandproduktes zugrunde gelegt und bestimmte Eigenanstrengungen der bolivianischen Regierung zur Erhöhung ihrer Eigeneinnahmen bereits in Rechnung gestellt hat.

Besonders dramatisch wird sich die Situation im ersten Quartal darstellen. Um die Regierung unter Präsident Mesa zu stützen und mit dazu beizutragen, das Land demokratisch, aber auch wirtschaftlich und finanziell zu stabilisieren, werden jetzt und in Zukunft zwischen der bolivianischen Regierung und den Gebern abzustimmende Maßnahmen erforderlich sein. Der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit stehen weder Mittel noch Instrumente zur Verfügung, die hierzu erforderliche kurzfristige Budgethilfe zu leisten. Als stimmberechtigtes Mitglied in den Direktorien der internationalen Finanz- und Entwicklungsorganisationen hat die Bundesregierung jedoch ganz schnell mit dazu beigetragen, verschiedene Notprogramme zu verabschieden, mit denen die internationale Gemeinschaft kurzfristig die **Zahlungsfähigkeit Boliviens** sicherstellen will und mit-

tel- bis langfristig das Ziel verfolgt, unter Beachtung der Schuldentragfähigkeitsgrenzen eine nachhaltige Entwicklung des Landes mitzugestalten. (C)

Aber auch im Rahmen der deutsch-bolivianischen **Entwicklungszusammenarbeit** wurden Anstrengungen unternommen, unmittelbar auf die Krisensituation des Landes zu reagieren und die verfassungsgemäß an die Macht gekommene Regierung durch sichtbare Maßnahmen zur schnellen Umsetzung der EZ zu unterstützen. Im Dezember vergangenen Jahres wurden in La Paz von der KfW und dem bolivianischen Partner unter Anwesenheit von Staatspräsident Mesa drei Verträge der FZ im Wert von insgesamt 25 Millionen Euro unterzeichnet. Die Abkommen betreffen vor allem die Vorhaben bezüglich mittlerer Bewässerungsanlagen und erneuerbarer Energien sowie die Unterstützung der nationalen Kompensationspolitik. Besonders letzteres Vorhaben ist hervorzuheben, da es hier kurzfristig gelungen ist, durch eine Flexibilisierung der Auszahlungsvoraussetzungen und durch eine Ausdehnung des Projektgebietes einen schnelleren Abfluss der Mittel zu ermöglichen. Hiermit geht von der deutschen EZ ein nachdrückliches Signal zur Stärkung der Regierung Mesa und zur demokratischen Stabilisierung des Landes aus. Mit gleicher Zielsetzung wurde für das Jahr 2003 ausnahmsweise auf die Rückerstattung der Mehrwertsteuer, die grundsätzlich von den bolivianischen Projektpartnern an die GTZ zu leisten wäre, verzichtet. Es handelt sich hierbei um Mittel in Höhe von rund 120 000 US-Dollar. Auch das wurde am 19. Dezember beschlossen.

Wir werden zusätzlich zu dem, was die CDU/CSU vorgelegt hat, noch einen eigenen Antrag in die parlamentarische Beratung einbringen, weil es nicht sein kann, Herr Weiß, dass wir an den alten Forderungen festhalten und sagen: Das Wundermittel der Zivilgesellschaft reicht aus, um zu einer wirtschaftlich tragfähigen Struktur zu kommen. – Sie vergessen immer wieder die Rolle von demokratisch gewählten Parlamenten und deren Aufgabenkatalog. Ich glaube, auch der Bedingung, die Sie nennen, nämlich dass eine Fortführung der deutschen, europäischen und internationalen Hilfe für Bolivien eine verstärkte und striktere Bekämpfung des Drogenanbaus und Drogenhandels erfordert, können wir so einfach nicht zustimmen. (D)

(Dr. Christian Ruck [CDU/CSU]: Das hätte uns auch gewundert, Frau Kortmann!)

Das würde auch nicht den Notwendigkeiten Rechnung tragen, die Sie in Ihrem Antrag benannt haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Letzte Rednerin in dieser Debatte ist die Kollegin Claudia Nolte, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Claudia Nolte (CDU/CSU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, dass ich auch in Ihrem Namen

Claudia Nolte

- (A) herzlich den **Botschafter von Bolivien** in dieser Debatte begrüßen kann. Es freut uns, dass Sie Ihr Interesse an unserer Diskussion deutlich machen.

(Beifall)

Es ist, glaube ich, ausreichend beschrieben worden, wie stark wir in der Entwicklungshilfe für Bolivien engagiert sind. Ich glaube, das ist ein Grund mehr, in dieser Situation die Augen nicht zu verschließen, zumal solche Konfliktherde immer die Gefahr mit sich bringen, sich zu radikalieren und auch auf die Region auszuwirken.

Seitdem der neue **Präsident Mesa** an der Regierung ist, hat sich die Lage in Bolivien – zumindest rein äußerlich – einigermaßen stabilisiert. Er und sein Kabinett genießen einen guten Ruf im Land, auch weil sie sich um einen neuen, um einen guten Politikstil bemühen. Präsident Mesa wie auch seine Kabinettsmitglieder, die alle mehr oder weniger Experten und nicht parteigebunden sind, gelten als nicht korrupt. Es ist in der jetzigen Situation Boliviens sehr wertvoll, die Unterstützung der Bevölkerung zu genießen.

- (B) Damit sind die Ursachen für die Probleme und die Krise aber natürlich noch nicht beseitigt. Vor allen Dingen die schwierige wirtschaftliche Situation, die hohe Armut und die ethnischen Konfliktlinien in der Bevölkerung bedrohen die friedliche Entwicklung und die Stabilisierung des demokratischen Systems. Letztendlich können wir auch nicht mit Sicherheit sagen, wie sich die Opposition in den nächsten Monaten verhalten wird. Morales' Partei hat zugesichert, bis Ende Februar stillzuhalten. Die anderen Oppositionsgruppen und -parteien sowohl innerhalb als auch außerhalb des Parlaments sind von uns aber nicht berechenbar. Ich denke, Peter Weiß hat das ausdrücklich und ausführlich genug beschrieben.

Leider hat diese kritische Situation auch Auswirkungen auf die Region insgesamt. In **Lateinamerika** haben wir es mit vielen Ländern zu tun, die mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und mit einer hohen Armut zu kämpfen haben, sodass gegenseitige Hilfe und Unterstützung innerhalb dieser Region nur schwer möglich sind. Wir müssen uns fragen, wie die Entwicklung in Lateinamerika weitergehen wird und ob die Gefahr besteht, dass dieser Kontinent kippt, da sich Bevölkerungsteile zunehmend nicht mehr integrieren lassen und untereinander so verfeindet sind, dass eine Befriedung kaum möglich ist. Hinzu kommt, dass dieser Prozess mit einer wirtschaftlichen Abwärtsentwicklung einhergeht.

Man kann die Tendenz wahrnehmen, dass sich Oppositionsgruppen radikalieren und internationalisieren, also über die Grenzen in dieser Region hinweg zusammenarbeiten. Das gilt vor allen Dingen für die Gruppen, die im **Drogengeschäft** sind. Ich denke, spätestens bei diesem Aspekt wird uns allen klar, dass es sich nicht einfach nur um Probleme auf einem fernen Kontinent handelt, sondern dass es durchaus auch in unserem Interesse liegt, hier Befriedung und Stabilisierung möglich zu machen, da wir von eventuellen Folgen ebenfalls betroffen sein würden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(C) Eine solche Situation in einem Land gibt der organisierten Kriminalität, die international agiert und um Europa natürlich keinen Bogen machen wird, immer einen freien Raum. Deshalb halte ich es für wichtig, dass wir uns mit all unseren Kräften einbringen und uns engagieren.

Wir müssen gegenwärtig erleben, dass der alte Konflikt mit Chile wieder aufbricht. Ich muss sagen: Ich finde es wenig hilfreich, wenn Präsidenten wie Hugo Chavez aus Venezuela Öl ins Feuer gießen und zur Polarisierung beitragen. Ich denke, insbesondere ein solcher Konflikt kann nur in Freundschaft und durch die Verständigung miteinander gelöst werden. Alles, was polarisierend wirkt, schadet hier.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Was kann denn eigentlich getan werden? Sicherlich muss der Hauptteil der Arbeit im Land selbst geleistet werden. Ich denke, das machen wir mit unserem Antrag deutlich. Wir verweisen nämlich darauf, welche Erwartungen wir im Zusammenhang mit der Entschuldungsinitiative an die Regierung stellen. Ich denke, der enorme Rückhalt, den Präsident Mesa hat, gibt ihm die Chance, mehr als nur eine Symbolpolitik durchzusetzen. Es muss ihm zum Beispiel gelingen, seiner Bevölkerung zu vermitteln, dass es wichtig ist, die eigenen Potenziale für die Entwicklung zu nutzen und dies nicht einfach einer ideologischen Debatte anheim zu stellen.

(D) Meines Erachtens geht es nämlich eben nicht um die Frage, ob man **Gas** exportieren darf oder nicht und ob das richtig oder falsch ist. Es geht stattdessen darum, zu überlegen, wie wir erreichen, dass die Einkommen, die durch einen solchen Export erzielt werden können, für die Armutsbekämpfung verwendet werden und somit den Menschen im Land helfen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Hoppe, ich denke, Sie haben das genau richtig beschrieben.

Eine Hilfestellung ist ebenfalls in der anstehenden **Verfassungsrevision** denkbar. Auch diese Verhandlung wird nicht einfach werden, weil bis heute nicht einmal klar ist, wer in der verfassunggebenden Versammlung sitzen soll. Wir haben Erfahrungen mit solchen Prozessen. Diese sollten wir zur Verfügung stellen, zumal die Gefahr besteht, dass sehr hohe Erwartungen an eine neue Verfassung gestellt werden. Durch eine solche, den hohen Erwartungen gerecht werdende Verfassung würden die Probleme am Ende vielleicht nicht gelöst werden. Diese müssen anders angegangen werden.

Schließlich bleibt zu hoffen, dass die Regierung Mesa eine ausreichende Unterstützung vom Parlament bekommt. Gerade weil diese Regierung parteiunabhängig ist, hat sie keine eigene Hausmacht im Parlament und ist immer darauf angewiesen, sich bei den Parlamentariern, wenn es um die Entscheidung über Sachfragen geht, Mehrheiten zu beschaffen. Vielleicht können wir hier einen kleinen Beitrag leisten.

**Claudia Nolte**

Ich habe gehört, dass der eine oder andere Kollege vielleicht nach Bolivien reisen wird. Ich denke, dabei wird es genügend Spielräume, Möglichkeiten und Gelegenheiten geben, um mit den Parlamentariern dort ins Gespräch zu kommen. Ich wünsche mir für unsere Debatte im Ausschuss, dass wir nicht sehr weit auseinander liegen und gemeinsam einen kleinen Beitrag beisteuern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Ich schließe die Aussprache. Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 15/1980, 15/1215 und 15/2338 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.